

ENTSCHLISSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Glawischnig-Piesczek, Lunacek, Freundinnen und Freunde

betreffend sofortigen Rückzug Österreichs aus dem türkischen Skandal-Staudammprojekt Ilisu

eingebraucht im Zuge der Debatte über den Bericht des Finanzausschusses über den Antrag 37/A der Abgeordneten Dkfm. Dr. Günter Stummvoll, Kai Jan Krainer, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Ausfuhrfinanzierungsförderungsgesetz 1981 geändert wird

Die Situation rund um den von Österreich, der Schweiz und Deutschland per Exportkredithaftungen (gesetzliche Grundlage in Österreich ist das Ausfuhrfinanzierungsförderungsgesetz) finanzierte Skandal-Staudamm Ilisu in der Türkei droht zu eskalieren. Anfang Dezember 2008 wurde bekannt, dass die Türkei die Bauarbeiten in Ilisu nicht wie zugesagt gestoppt, sondern intensiviert hat. Das belegen Fotos und Filmberichte deutscher MedienvertreterInnen. Damit bricht die Türkei eine Vereinbarung, wonach die Bauarbeiten im Fluss erst beginnen dürfen, wenn die Auflagen im Umwelt-, Kultur- und Umsiedlungsbereich erfüllt sind, was nachweislich nicht der Fall ist.

Statt der geforderten Transparenz wurde etwa die Baustelle inzwischen großräumig abgesperrt. Bereits mehrere Kilometer vor dem Bauzaun werden „nicht befugte Personen“, z.B. VertreterInnen von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) aufgehalten und an der Weiterfahrt gehindert. Auch beim Schutz der Kulturgüter hat sich trotz zahlreicher Zusagen in den letzten Monaten nichts verbessert. Das ergab der kürzlich veröffentlichte Bericht der KulturexpertInnen.

Am 12. Dezember 2008 läuft eine Frist der drei Exportkreditagenturen (Ö, CH, D) aus, bis zu denen die Türkei belegen muss, dass die Auflagen in den Bereichen Umwelt, Menschenrechte und kulturelles Erbe für das Staudammprojekt Ilisu eingehalten werden. Anderenfalls haben die Staaten angekündigt, sich aus dem Projekt zurückzuziehen.

Es ist so gut wie auszuschließen, dass die Türkei die Auflagen einhalten kann. In den vergangenen zwölf Monaten haben ExpertInnen im Auftrag der drei europäischen Staaten wiederholt festgestellt, dass die türkischen Behörden sich nicht an die Vorgaben und internationalen Standards halten. Trotzdem drängt vor allem Österreich weiterhin vehement auf den Bau des Projekts. Es besteht der begründete Verdacht, dass sich Österreich, Deutschland und die Schweiz über die Expertenberichte hinwegsetzen wollen und sich, wie schon in der Vergangenheit, mit Beteuerungen seitens der Türkei zufrieden geben, dass alles in bester Ordnung sei und die Auflagen eingehalten würden. Dass die Türkei in der Vergangenheit versucht hat, die Europäer zu täuschen ist belegt. Auflagen waren von Ankara als „erledigt“ gemeldet worden, was sich bei einer Überprüfung als falsch herausstellte.

Das geplante Wasserkraftwerk Ilisu am Tigris-Fluss in Südostanatolien ist eines der verheerendsten Großprojekte, das jemals geplant wurde. Es war von Anfang an unverständlich, dass ein Projekt, das Umweltzerstörung, Vernichtung von kulturellem Erbe und Menschenrechtsverletzungen im großen Stil verursacht, von der österreichischen Bundesregierung aktiv gefördert wird. Bis zu 65.000 Menschen wären direkt vom Staudamm betroffen.

Die Türkei will für das Ilisu-Projekt mit österreichischer, deutscher und Schweizer Unterstützung den Tigrisfluss auf einer Länge von 130 Kilometern aufstauen. Die österreichische Kontrollbank hat im März 2007 im Auftrag von ÖVP-Finanzminister Wilhelm Molterer eine Exportgarantie für Lieferungen von Turbinen und elektromechanischer Ausrüstung für das türkische Wasserkraftwerk im Volumen von knapp 285 Millionen Euro erteilt. Österreichs SteuerzahlerInnen übernehmen über eine öffentliche Haftung das Risiko für die Beteiligung österreichischer Unternehmen am Projekt Ilisu. Die Schweizer Regierung haftet mit 225 Mio. Franken (138,8 Mio. Euro), die Deutsche Regierung für weitere ca. 100 Mio. Euro. Beteiligte Unternehmen: Andritz / VA-Tech Hydro (Österreich), Alstom (Schweiz), Züblin (Deutschland), sowie türkische Unternehmen. Die Gesamtkosten des Staudamms werden auf ca. zwei Mrd. Euro geschätzt.

Am 12. Dezember soll Dr. Rudolf Scholten, Chef der Österreichischen Kontrollbank, eine Empfehlung an den Finanzminister abgeben, der daraufhin die politische Entscheidung für Österreich treffen muss.

Alles andere als ein sofortiger Ausstieg Österreichs aus dem Ilisu-Projekt wäre ein Skandal.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLISSUNGSANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Der Bundesminister für Finanzen wird aufgefordert, die seitens Österreichs via Österreichische Kontrollbank gewährte staatliche Exportkreditgarantie für das türkische Staudammprojekt Ilisu umgehend zurückzuziehen.

